



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

SOZIALE STADTENTWICKLUNG: MITEINANDER STATT NEBENEINANDER

20.05.2008 Fachinformation

Große Siedlungen brauchen integrierte Entwicklungsstrategien Berlin – Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) begrüßt die "Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung", über die Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer auf der heutigen Senatssitzung berichtete. BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt: "Die Strategie schafft die Voraussetzung für ein koordiniertes Vorgehen." Das sei gerade im Hinblick auf die großen, in den letzten 50 Jahren errichteten Neubausiedlungen dringend erforderlich. Burkardt unterstrich, dass es den Wohnungsunternehmen ebenso wie Senatorin Junge-Reyer um eine ausgewogene soziale Durchmischung der Stadt und ihrer Wohnquartiere gehe: "Auf diese Weise können Entwicklungen wie in vielen französischen oder britischen Städten verhindert werden." Dort habe die fortschreitende soziale Entmischung der Städte zur Abwertung ganzer Stadtbezirke und zu großen sozialen Spannungen geführt. Potenziell gefährdet seien hier in Berlin vor allem die großen Neubausiedlungen in stadtrandnahen Lagen. "Den hier erkennbaren ersten Anzeichen solcher Entwicklungen muss mit einer gemeinsamen Aufwertungsstrategie des Landes und der Wohnungsunternehmen begegnet werden. Wir freuen uns deshalb, dass Senatorin Junge-Reyer sich dieses Themas konsequent annimmt", so Burkardt. Die Wohnungsunternehmen unternähmen große Anstrengungen, damit Wohnen in diesen Siedlungen beispielsweise auch in Zukunft für einkommensstärkere junge Familien attraktiv bleibe. So werde die GESOBAU 440 Millionen Euro in die Sanierung des Märkischen Viertels investieren. Grundrissanpassungen, energetische Modernisierungen, die Entwicklung von Dienstleistungen oder Wohnumfeldverbesserung allein brächten aber wenig, wenn Nahverkehrsanbindung oder die Qualität der Schulen in den Quartieren nicht stimmten. Burkardt: "Die Bemühungen der Wohnungsunternehmen laufen dann ins Leere. Nur wenn Fachverwaltungen und Wohnungsunternehmen an einem Strang ziehen und ihre jeweiligen Aufgaben erfüllen, kann die soziale Entmischung von Wohngebieten auf Dauer verhindert werden. Hierzu sind integrierte Entwicklungskonzepte notwendig." Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg. Die 140 Berliner Mitgliedsunternehmen bewirtschaften 230.000 Wohnungen in 42 Großsiedlungen.

<https://bbu.de/beitraege/soziale-stadtentwicklung-miteinander-statt-nebeneinander>